26. MÄRZ 2012

# Grundrechte gelten auch für Soldaten

Seit über zwei Jahren geht ein Streit zwischen dem Verteidigungsministerium, dem Verteidigungsausschuss und der soldatischen Interessenvertretung darum, ob die Möglichkeiten der Soldatinnen und Soldaten aus den sog. Einsatzgebieten in die Heimat zu kommunizieren, verbessert werden sollen. Abgeordnete der LINKEN waren von Beginn an beteiligt, dieses Anliegen aus der Truppe zu unterstützen und haben sich gegen die seitdem währende Hinhaltetaktik des Ministeriums gewandt, das den Angehörigen der Bundeswehr – im Unterschied zu den Polizeikräften – die heutigen Möglichkeiten der „Feldpost“ vorenthalten will. Die Frage ist aufgeworfen worden, ob damit die Linke vom Pfad der Tugend abweiche und letztlich die Kriegführungsfähigkeit der Truppe, wenn auch ungewollt, mithelfe zu optimieren. Dazu ist zu sagen:

1. Soldatinnen und Soldaten, die von Bundestag und Bundesregierung in die Auslandseinsätze geschickt werden, müssen die Möglichkeiten haben, sich via Internet über das, was in der Politik und in der Gesellschaft läuft, informieren zu können und die modernen Medien, sprich Skype, für ihre Kommunikation nach Hause mit ihren Angehörigen, Verwandte und Freunde, uneingeschränkt und unzensiert nutzen können. Das gehört für mich zu den Grundrechten, die auch Menschen in Uniform zustehen. Wo steht geschrieben, dass aus linker oder friedensbewegter Sicht diese Rechte auf Informations- und Meinungsfreiheit für Angehörige der Bundeswehr nicht oder nur eingeschränkt Anwendung finden sollten? Nun kann man über die konkrete Ausgestaltung dieser Rechte und darüber, dass Waffenträger nicht gegenüber Zivilpersonal bevorzugt werden sollen, diskutieren. Mit der Frage „Krieg/Frieden“ hat das nichts zu tun.
2. Die Behauptung, dass sich durch die Kommunikation mit der „Heimat“ die Kampf- und Kriegsbereitschaft der Soldatinnen und Soldaten erhöhe, ist durch nichts belegt. Der Hinweis, dass die anderen Bundestagsfraktionen damit ihren Antrag zur Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten begründen, verweist nur auf eins: auf deren Absicht und Motivation, auf sonst nichts. Dass über das Thema „Skype für Soldaten“ bereits seit über zwei Jahren diskutiert wird und sich die politische und militärische Führung der Soldaten seitdem beharrlich weigert, diese Verbesserung auch bereit zu stellen, scheint eher in die andere Richtung zu deuten: Der Bundeswehr ist das Ganze nicht nur zu teuer (da investiert man lieber in neue Kampfhubschrauber), ihr sind diese Möglichkeiten, dass die einzelnen Soldaten intensiv und ohne soziale Kontrolle mit dem Partner, den Kindern etc. sprechen, eher suspekt. Man fürchtet um die Kampfmoral. Und tatsächlich scheint die Annahme begründet, dass die Konfrontation mit Nachrichten von zu Hause, die Auseinandersetzung mit Trennung etc. auch dazu führen kann, dass man über die eigene Situation kritisch nachdenkt. Bewiesen ist auch dies nicht. Wahrscheinlich liegen die Dinge komplizierter: Es hängt von den jeweiligen Personen, ihrer Persönlichkeitsstruktur, ihren Lebensbedingungen usw. ab. Wenn sich also darauf weder die kategorische Ablehnung noch Zustimmung zu dem Antrag „Betreuungskommunikation“ gründen lässt, bleibt nur der oben angeführte Grund: Es geht um die Verteidigung der Soldatenrechte – auch gegen deren Obrigkeit.
3. Es ist bekannt, dass die Trennung der Soldatinnen und Soldaten von ihren Familien, Beziehungen etc. durch Auslandseinsätze zu erheblichen Problemen führt. Viele Ehen, Freundschaften gehen zu Bruch, persönliche Krisen sind unvermeidbar. Darauf gestützt erwägen manche, ihren Dienst bei der Truppe nicht zu verlängern bzw. irgendwann auszusteigen. Darauf bezogen wurde nun das Argument bemüht, wer die Kommunikationsmöglichkeiten der Soldaten verbessere, erhöhe die Attraktivität des Wehrdienstes und trage damit dazu bei, der Truppe immer wieder Nachwuchs zuzuführen. Die darin zum Ausdruck kommende Hoffnung, wenn der Dienst möglichst unattraktiv bleibe,

würden der Bundeswehr die Freiwilligen (die sie ja heute nach der Aussetzung der Wehrpflicht braucht) schon irgendwann ausgehen. Diese Hoffnung kann man getrost fahren lassen. Eher wird eins eintreten: Die Bundeswehr wird mehr und mehr Nachwuchs bei Jugendlichen rekrutieren, für die die Bundeswehr die einzige Chance ist, die ihnen die Berufswelt noch biete, solche also auch, die den Soldatenberuf mehr mit Action und Abenteuer verbinden und die aus diesem Grund auch auf soziale Beziehungen weniger Wert legen. Diese These scheint mir übrigens im Unterschied zu vielem was in diesen Tagen an Spekulativem vorgebracht wurde, durchaus belegbar. Hier muss der Hinweis auf die Situation in den US-Streitkräften genügen. Die Gleichung „möglichst unattraktive Wehrdienst-Lebensbedingungen“ und „niedrige Kampfmoral“ geht nicht unbedingt auf. Eins ist allerdings richtig, die Verrohung und Brutalisierung einzelner Soldaten hängt oft mit ihrer Vereinzelung, sozialen Marginalisierung und Kontaktarmut zusammen. Dieser Befund galt beispielsweise für die Folterer von Abu Ghraib.

4. Nun kann eingewandt werden, dass eine Linke doch andere Sorgen haben und sich nicht um diese Belange der Soldaten scheren müsse. Dagegen sollte festgehalten werden:
    - SoldatInnen sind StaatsbürgerInnen in Uniform, die gerade wegen ihrer Einbindung in Befehls-/Gehorsamsstrukturen und in die (vermeintlichen) Zwänge der Kriegsführung, in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte besonders beschränkt sind oder beschränkt werden sollen. Und was aus blindem Gehorsam erwachsen kann, wissen wir aus der deutschen Militärgeschichte. D.h. wir müssen uns um die Soldatenrechte, um deren Orientierung an Völkerrecht und Grundgesetz kümmern. Alles andere wäre politisch fahrlässig.
    - Soldatinnen und Soldaten sind auch abhängig Beschäftigte, und was die unteren Ränge oder die Soldaten auf Zeit betrifft, nicht einmal besonders gut bezahlte. Sie organisieren sich bei ver.di oder dem Bundeswehrverband, versuchen ihre Interessen über Vertrauensleute und Personalräte durchzusetzen. Aus welchem Grund soll eine linke Bundestagsfraktion sich einer Sozialpolitik für die Soldaten entziehen? Wir haben z.B. gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes auch in diesem Bereich protestiert und gefordert, diesen Sozialabbau rückgängig zu machen. Ich finde das völlig in Ordnung und halte nichts davon, diese Menschen wegen ihrer, aus unserer Sicht evtl. „falschen Berufsentscheidung“ abstrafen zu wollen. Was will man damit erreichen?
    - Soldatinnen und Soldaten sind Täter, die auch dazu gebracht werden, Menschen zu töten, mitunter sogar sehr viele Menschen. Aber sie können auch Opfer werden: Sie kommen in Gefechten um, sie werden durch Minen in die Luft gesprengt. Und als unmittelbare Zeugen von Gewalt, Grausamkeit und menschlichem Leid nehmen viele Schaden an ihrer Seele. An den sog. posttraumatischen Belastungsstörungen haben diese Menschen mitunter für den Rest ihres Lebens zu tragen. Eine Haltung, die besagt, sie hätten schließlich selbst ihr Schicksal gewählt und/oder auch Anderen schlimme Dinge zugefügt, ergo sei man nicht für dieses Leiden zuständig, ist zynisch. Und eine solche Position ist in meinen Augen schlicht inhuman. Und eine antihumanistische Linke ist für mich ein Widerspruch in sich. Also kümmern wir uns als linke Bundestagsfraktion um die PTBS-Erkrankten, wir schauen darauf, ob sie ohne bürokratische Schikanen angemessen betreut und entschädigt werden; wir sorgen uns um die sanitätsdienstliche Versorgung der Soldatinnen und Soldaten. Auszusteigen aus dem Militärdienst muss auf persönlicher Überzeugung beruhen, nicht auf emotionalem oder psychischem Zwang. Dass auch die Sanität zur Kriegsmaschinerie gehört, auch PTBS-Kurierte wieder in den Einsatz geschickt werden – diesen Widerspruch müssen wir aushalten. Er ist nur aufzulösen, wenn Linke und Friedensbewegung einen solchen gesellschaftlichen und politischen Einfluss erringen, der deutsche Kriegsbeteiligungen ein für allemal beendet. So lange aber dies nicht der Fall ist, müssen wir unterscheiden zwischen der strikten Ablehnung des Krieges einerseits und der Fürsorgepflicht gegenüber den Soldatinnen und Soldaten andererseits.
5. Es ist daher folgerichtig, dass die Linksfraktion in einem nahezu einstimmigen Beschluss zur aktuellen Bundeswehrreform vergangenen November festgehalten hat (nachdem man sich

konsequent als Teil der Friedensbewegung definiert hat): „Zugleich sieht sich Die LINKE verpflichtet, sich um die sozialen, gesundheitlichen und demokratischen Belange der Soldatinnen und Soldaten zu kümmern und sich auch der Auseinandersetzung um eine künftige Friedens- und Sicherheitspolitik mit den Angehörigen der Streitkräfte zu stellen.“ Beide Momente hängen untrennbar zusammen: Nur wer sich um die unmittelbaren Belange der Soldatinnen und Soldaten kümmert, ihre Rechte gegenüber Ministerium und Militärführung verteidigt, kann auch den Zugang zu den Angehörigen der Bundeswehr finden. Wer mit dem Feindbild „Bundeswehr“ antritt, braucht das Gespräch mit den Soldatinnen und Soldaten, den Zivilbeschäftigten bei der Truppe gar nicht erst zu suchen. Er wird scheitern. Nun kann gesagt werden, dass das militärische Milieu und Umfeld nicht zum bevorzugten Adressatenkreis der LINKEN gehört. Das ist ohne Zweifel richtig. Aber wer verhindern will, dass die Streitkräfte – die nun mal ein besonderes Machtinstrument nach innen und nach außen darstellen – für die Gewaltanwendung in inneren Konflikten missbraucht werden, wer dazu beitragen will, dass auch innerhalb der Truppe die Frage nach dem Sinn und Zweck von bewaffneten Auslandseinsätzen hartnäckig gestellt wird und daher die Interventionsbefürworter in Politik und Offizierskorps unter Legitimationsdruck kommen, der muss sich in diesem kritischen Dialog begeben. Es wäre fatal, wenn eine linke Bundestagsfraktion diese Möglichkeiten zum Gespräch, zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Truppe in den Wind schlagen und damit die Bundeswehr den Rechten überlassen würde.
6. Es ist offenkundig, dass hier eine erhebliche Differenz zwischen Friedensgruppen/Teilen der Friedensbewegung und einer linken Partei und Parlamentsfraktion liegt: Die Friedensinitiativen müssen sich schließlich nicht mit den Bundeswehrangehörigen auseinandersetzen, sie müssen sich nicht mit parlamentarischen Anträgen zur Behandlung der PTBS-Kranken, mit Gesetzesvorlagen zur Versorgung der im Einsatz Verwundeten, mit solchen Haushaltstiteln wie „Militärseelsorge“ etc. befassen. Niemand verlangt das von ihnen. Eine linke Fraktion kann sich diesen Fragen, wenn sie ernst genommen werden will, nicht entziehen. Diesen Widerspruch zwischen Friedensbewegung und Friedenspartei wird man aushalten müssen. Dies wiederum setzt allerdings Einsicht in die je unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und daraus abgeleitete Toleranz voraus. Der Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer Antikriegs- und Friedenspartei bleibt, ob sie Kriegseinsätzen konsequent die Zustimmung verweigert oder nicht. Und, dass sie radikal für Abrüstung und zivile Konfliktlösungen streitet. Über alles andere kann und muss ohne ideologischen Eifer, zielorientiert und politisch gestritten werden.

---

zurück zu: detail_aktuell

QUELLE:
HTTP://WWW.PAULSCHAEFER.INFO/POLITIK/STANDPUNKTE/DETAIL_AKTUELL/ARTIKEL/GRUNDRECHTE-GELTEN-AUCH-FUER-SOLDATEN/